

Erreicht! Die Highlights 2022

Trotz Krisen konnten wir gemeinsam sehr viel für unsere Mitglieder erreichen. Eine kleine Auswahl.

Seiten 4 + 5

News aus dem Parlament

Die letzten Beschlüsse 2022: Arbeitende, Pflegebetroffene und Arbeitslose sind Verlierer. Heizen wird zum Luxus.

Seiten 10 + 11

Vermögenssteuer: Jetzt

Warum ist der ÖGB für eine Vermögenssteuer? Weil auch Superreiche einen fairen Beitrag leisten sollten.

Seiten 13 bis 16

Mach mit! KV-Umfrage 2023

Faire Löhne für alle!

Seite 2

GBH-BILDUNG

Spezial- und Aufbaukurse

Seiten 18 bis 21



**klick
rein!**



gbh-news.at

Nimm' dir 5 Minuten für faire KV-Abschlüsse

Nur gemeinsam können wir einen guten KV-Abschluss und die großen Herausforderungen 2023 schaffen. Dazu brauchen wir schon jetzt deine Unterstützung. Hilf uns aktiv bei den Vorbereitungen.

Die immer noch spürbaren Auswirkungen der Corona-Krise und der Krieg in der Ukraine führen zu einer enormen Teuerung. Immer mehr Menschen können sich das tägliche Leben nicht mehr leisten. Nachhaltige Maßnahmen der Bundesregierung bleiben aus – deshalb müssen wir für unsere KollegInnen über einen guten Lohnabschluss das zurückholen, was ihnen die Bundesregierung nicht gibt. Wie schwer es wird, zeigen die aktuellen zähen Verhandlungen

in anderen Branchen. Umso wichtiger wird es sein, dass wir uns schon jetzt gemeinsam auf unsere KV-Verhandlungen 2023 vorbereiten.

Wir brauchen dich und deine Einschätzung für eine erfolgreiche Vorbereitung auf die KV-Verhandlungen in deiner Branche.

Deshalb gibt es wieder unsere bewährte KV-Umfrage, damit wir deine Einschätzung und deine Meinung einfließen lassen können.

Hilf uns und nimm an der Umfrage teil!

So schnell und einfach geht's ...

- gbh-br.at/kv-umfrage-2023
- Fragen vollständig und auf einmal (ohne dazwischen auszusteigen) beantworten
- deinen Fragebogen mit „senden“ abschicken – schon bist du fertig

Das Ergebnis aus der Umfrage unterstützt uns bei der Erstellung eines Forderungsprogramms und garantiert einen Verhandlungsprozess auf breiter Basis.

Bitte motiviere auch deine BetriebsratskollegInnen an dieser wichtigen Umfrage teilzunehmen. **DANKE VORWEG FÜR DEINE AKTIVE MITHILFE!**

WICHTIG: Bitte als Erstes deine Branche auswählen. **DANKE!**

KV-Verhandlungen 2023 Wir brauchen dich

Die schwierigsten KV-Verhandlungen seit Jahren warten im Frühjahr 2023 auf uns. Die aktuellen langwierigen Verhandlungen in den anderen Branchen müssen auch für uns ein Warnsignal sein. Deshalb müssen wir uns auch auf kreative Abschlüsse vorbereiten.

Nimm an unserer KV-Umfrage teil

Du hast Anfang Dezember per SMS einen Link zu unserer KV-Umfrage bekommen. Wenn du noch nicht daran teilgenommen hast – nimm dir bitte diese 5 bis 10 Minuten Zeit und beteilige dich aktiv an unseren Vorbereitungen zu den KV-Verhandlungen.

Geliebte Sozialpartnerschaft

Wir arbeiten mit unseren Sozialpartnern das ganze Jahr über an Lösungen. Dabei geht es z. B. um die Realisierung eines neuen Sanierungsschecks, einer eigenen Lehrlingsinitiative für das Baunebengewerbe oder um faire Vergaben und nicht zuletzt um Besserstellungen im Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz. Dabei ist unsere Zusammenarbeit immer geprägt von einem gegenseitigen Verständnis. Darum beenden uns viele andere Branchen.

Neue Herausforderungen

Am Bau haben wir eine gute Auftragslage – das muss auch so bleiben. Deshalb werden wir mit unserer Nachhaltigkeitsinitiative UMWELT+BAUEN auch 2023 Lösungsansätze ausarbeiten, um die Arbeitsplätze am Bau bestmöglich zu sichern. Dazu werden auch



neue Partnerschaften – z.B. mit dem Städte- und Gemeindebund, aber auch den gemeinnützigen Wohnbauträgern notwendig sein.

Unsere Beschäftigten haben sich eine faire Lohnerhöhung verdient

Bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen dürfen wir uns nicht vom medialen Druck leiten lassen und uns schon vorab mit gegenseitig ausgerichteten Forderungen und Drohgebärden „einzementieren“. Das heißt keineswegs, dass wir bei den Kollektivvertragsverhandlungen „handzahn“ agieren und zurückstecken werden. Denn unsere Beschäftigten haben sich eine faire Lohnerhöhung verdient. In den letzten Jahren der Krisen haben viele ohne Unterbrechung durcharbeiten können und so die Wirtschaft gut durch diese schwere Zeit gebracht. Das muss auch

die Arbeitgeberseite honorieren. Ich bin sicher, dass wir in korrekten Verhandlungen einen fairen Abschluss schaffen werden. Falls das nicht gelingt, müssen wir mit dir gemeinsam auf betrieblicher Ebene Aktionen starten.

Gemeinsam müssen wir auch alles daran setzen, wieder mehr Menschen von einer Arbeit in unseren Branchen zu überzeugen – sei es durch Umschulungen oder vor allem auch in der Lehrausbildung. Billige Arbeitskräfte aus dem Ausland zu „importieren“ ist jedenfalls der falsche Weg.

Ich wünsche dir ein gutes und erfolgreiches 2023 – gemeinsam können wir die Herausforderungen stemmen.

J. Muchitsch

Euer Beppo Muchitsch
Bundesvorsitzender Gewerkschaft Bau-Holz

Für euch erreicht: Highlights 2022

Krisen und hohe Inflationsraten haben uns 2022 begleitet. Höchste Zeit für ein paar Lichtblicke? ÖGB und Gewerkschaft Bau-Holz haben auch 2022 vieles für Österreichs Beschäftigte erreicht. **Hier ein „Best of“ ...**

2022: Lohnerhöhungen und bessere Rahmenbedingungen

Mit 1. Mai 2022 konnten wir die Löhne in unseren Branchen um mindestens vier Prozent erhöhen, dazu kamen weitere Verbesserungen für die Beschäftigten. So ist z.B. nun in den Holzverarbeitenden Industrien der 31. Dezember bezahlt arbeitsfrei.

BUAG-Novelle

Auch heuer ist es der GBH wieder gelungen, mit einer Novelle des Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetzes (BUAG) Verbesserungen für die BauarbeiterInnen zu erreichen. Highlights sind die Möglichkeit einer vorzeitigen Auszahlung der Abfertigung alt, eine Überbrückungsabteilung für Invaliditätspensionisten sowie eine eigene BUAK-Servicekarte.

Die Hitze/Kälte.App für Bauarbeiter

Die GBH hat eine Hitzefrei-Regelung ab 32,5 Grad Celsius am Bau durchgesetzt – die einzige derartige Regelung in Österreich. Der Arbeitgeber muss Hitzefrei anordnen, ihm steht dafür ein direkter Zugriff auf die Temperaturdaten der ZAMG (Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik) zur Verfügung. Die GBH hat im Sommer eine App präsentiert, die auch den Bauarbeitern

Zugriff auf ZAMG-Daten ermöglicht und damit mehr Sicherheit gibt, wann Hitzefrei möglich ist. Im Winter dient die App als Kälte-App, die ab Minus 10 Grad Celsius alarmiert.

„Preise runter!“

Das Motto, unter dem der ÖGB der Bundesregierung Konzepte präsentiert, wie die explodierenden Preise eingefangen und die Menschen wirklich entlastet werden können. Vieles bleibt hier noch zu tun, aber mit dem Strompreisdeckel ist die Regierung einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung gegangen.

Adaptiertes Kurzarbeitsmodell

Die Corona-Kurzarbeit wurde auf Initiative des ÖGB mit einem neuen Kurzarbeitsmodell bis zum Jahresende verlängert. Nur der Härte des ÖGB bei den Verhandlungen ist es zu verdanken, dass in diesem Modell einheitlich eine Nettoersatzrate von 90 Prozent gilt.

GBH erfolgreich im Nationalrat

Unsere beiden Nationalratsabgeordneten Josef Muchitsch und Rudolf Silvan setzen sich im Nationalrat vehement für die Interessen der BAU-HOLZ-Beschäftigten ein. Auch wenn sie als Vertreter einer Oppositionspar-

tei keine parlamentarische Mehrheit hinter sich haben, gelingt es dennoch immer wieder, Aufmerksamkeit für die Themen der arbeitenden Bevölkerung zu gewinnen. Mit der BUAG-Novelle, der Weiterentwicklung der Kurzarbeit oder der Verlängerung der Sonderbetreuungszeit wurden Erfolge gefeiert. Andere Themen, wie die Teuerung, die Arbeitslosenversicherung, der Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping, die Finanzierung der AUVa oder die Anerkennung von Long COVID als Berufskrankheit, werden uns auch 2023 begleiten.

Umweltstiftung

Die vom ÖGB geforderte Umweltstiftung, in der Berufsausbildungen für „Green Jobs“ angeboten werden, wurde 2022 umgesetzt.

Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping

Während die Bundesregierung hart erkämpfte und bewährte gesetzliche Regelungen gegen Lohn- und Sozialdumping sowie Verstöße bei Entsendungen aufweicht, sind die GBH-ExpertInnen auf vielen Ebenen unterwegs, um den Kampf gegen den unfairen Wettbewerb voranzutreiben.

GBH-Bundenvorsitzender Abg.z.NR Josef Muchitsch setzte 2022 seine Initiativen gegen Lohn- und Sozial-



Wir verhandeln deinen Lohn

dumping nicht nur im Nationalrat, sondern auch bei Arbeitstreffen mit politisch Verantwortlichen in Brüssel, mit internationalen Gewerkschaftsverbänden, mit den Bau-Sozialpartnern und mit Verantwortlichen der ELA (European Labour Authority).

In den betroffenen Bundesländern Steiermark und Burgenland haben die GBH-ExpertInnen vor Ort spezielle Beratungsangebote entwickelt.

Darüber hinaus gibt es regelmäßige Treffen aller Kontrollbehörden mit AK und GBH zum Thema und gemeinsame Schwerpunktaktionen an den Grenzen. 2022 war bei einem solchen Treffen auch der ÖGK-Obmann und Baugewerkschafter Andreas Huss zu Gast.

Bessere Gesundheitsversorgung

Mit Andreas Huss ist ein ausgewiesener Gesundheitsexperte und Baugewerkschafter für die ArbeitnehmerInnen Obmann der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK).

Unter seiner Leitung konnten 2022 zahlreiche Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung umgesetzt werden, unter anderem ein Ausbau der therapeutischen Versorgung auf Kasernenkosten, ein Ausbau von Primärversorgungseinheiten (Arztpraxen, in denen mehrere ÄrztInnen und Gesundheitspersonal unterschiedlicher Richtungen zusammenarbeiten) oder die Durchsetzung des e-Rezepts und eines Erwachsenenimpfprogramms ab 2023.

Bau-Sozialpartnerschaft für Konjunktur und fairen Wettbewerb

Auch in der Bau-Sozialpartnerschaft wurden 2022 viele wichtige Projekte weitergeführt, so z.B. die Umsetzung einer Bau-ID-Karte, gemeinsame Initiativen gegen die Preisexplosion am Bau oder die Präsentation eines Energieschecks, der die thermische Sanierung in Österreich ankurbeln und damit tausende Arbeitsplätze am Bau schaffen und sichern soll.

Darüber hinaus sind unsere GBH-ExpertInnen in ganz Österreich laufend in Kontakt mit VertreterInnen aus Politik und Wirtschaft, um die Rahmenbedingungen für die BAU-HOLZ-Branchen zu verbessern.



GBH TV

Der YouTube-Channel mit laufend **aktuellen Infos rund um deine GBH!** Am besten noch heute **ABONNIEREN** ...

youtube.com/gbh-tv

gbh-tv

klick rein!



Ohne DEINE MITGLIEDSCHAFT KEIN Urlaubs- & Weihnachtsgeld für dich



Mach uns stark.
Mach dich stark!

Deine GBH informiert, berät und hilft

MACH DICH STARK. Unser wichtigster Draht zu unseren Mitgliedern sind unsere Tausenden Besuche in Betrieben, auf Baustellen und in Berufsschulen. Hier können wir direkt vor Ort beraten und unterstützen. Immer wieder starten wir auch Schwerpunkttaktionen, die von unseren Mitgliedern sehr geschätzt werden.



■ Bei den Corona-Lockdowns ebenso wie bei Lockerungen und bei den Sonderregelungen für Baustellen waren die GBH-Mitglieder bei den ersten, die alle **Infos auf einen Blick** zur Verfügung hatten.

■ Zusätzlich zu den Online-Medien findest du in deinem **Mitgliedermagazin „die BAU-HOLZ“** Infos.

Angebote exklusiv für Mitglieder

■ In schwierigen Situationen mit **kostenlosem Rechtsschutz, Beratung, Solidaritätsversicherung, Arbeitslosenunterstützung** oder dem **Fonds für in Not geratene Bauarbeiter.**

■ Bei der **Weiterbildung mit Bildungsunterstützung**, Vorbereitungskursen für die Lehrabschlussprüfung in den Fachausschüssen und Kursangeboten für BetriebsrätInnen.

■ Beim **Geld sparen** mit günstigen Urlauben, Handytarifen uvm. durch unsere Mitgliederangebote.

Die Krisen haben wieder einmal gezeigt, wie wichtig starke Gewerkschaften mit ihren BetriebsrätInnen sind. Viel Positives hat die GBH in einem schwierigen Jahr für dich erreicht. **Darum mach dich stark und wirb' Mitglieder.**

Informationen persönlich vor Ort

■ KV-Infotour

... mit der wir GBH-Mitglieder direkt vor Ort über ihre Lohnerhöhung und andere KV-Erreungenschaften informieren und unsere beliebten KV-Scheckkarten übergeben.

■ UV-Schutz

... durch GBH-Trinkwasser- und Sonnencreme-Aktionen auf den Baustellen und in Betrieben.

■ Arbeitssicherheit

... durch unsere Info-Aktionen zur Arbeitssicherheit in Berufsschulen.

■ GBH-ExpertInnen beraten

... Mitglieder, aber auch Unternehmensverantwortliche zu einer Umsetzung von 4-Tage-Woche und anderen Verbesserungen im Betrieb.

Alle wichtigen Infos und Kontakte jederzeit abrufbar

Für Mitglieder auch über Internet, Social Media und SMS – rasch und auf kürzestem Weg. So gelingt es uns z.B. immer wieder, dass du als GBH-Mitglied die Infos über deinen Lohnabschluss nach KV-Verhandlungen schneller bekommst als dein Chef.

GBH-Medien

Auf unseren Websites, auf Facebook und Instagram bist du immer bestens informiert und kannst jederzeit mit uns in Kontakt treten. Wir bieten dir unter anderem:

- Unser **SMS-Service** bei wichtigen Infos, z.B. nach einem Kollektivvertragsabschluss
- KV-Scheckkarten und Infoplakate

2023: Ein Jahr der Herausforderungen

Seit langem ist ein wirtschaftlicher Ausblick auf das kommende Jahr nicht mehr so schwierig gewesen. Eines ist aber klar: **2023 wird ein herausforderndes Jahr für uns alle.**

Die aktuelle Energiekrise und die Phase der Energiewende werden spürbare Auswirkungen auf alle Menschen haben. Es gibt zahlreiche ExpertInnen, die von einer mehrjährigen Energieknappheit ausgehen und immer, wenn ein Gut über längere Zeit knapp wird, dann treibt die Nachfrage den Preis für längere Zeit in die Höhe. Bis wir erneuerbare Energien in großem Ausmaß ausbauen und nutzen können, wird es noch dauern.



Energiesparen im Betrieb

Wie private Haushalte müssen deshalb auch Unternehmen nachhaltig Energie sparen und rufen deswegen ihre Belegschaft zu entsprechenden Maßnahmen auf. Die allermeisten Maßnahmen werden vorerst allerdings den Bereich der Angestellten betreffen, auch in unseren BAU-HOLZ-Branchen.

Handwerk: Aufforderung zum Stromsparen

Aber auch beim Handwerk kann es zu Aufforderungen des Arbeitgebers zum Strom sparen kommen! Das Aufladen des privaten E-Autos, E-Bikes oder des E-Rollers, mit dem man zur Arbeit fährt, kann dann z.B. auf dem Firmengelände zum Problem werden. Sehr wahrscheinlich wird auch gefordert, diverses elektrisches Werkzeug nicht

den ganzen Tag angesteckt im „Standby“-Modus zu lassen.

In der Produktion gab es bisher ohnehin wenige „Wohlfühl-Faktoren“, bei denen nun „unnötig“ verbrauchte Energie gespart werden könnte. Produktionsprozesse werden ohnedies ständig optimiert. Hier wird man wohl einen Kompromiss zwischen einem realen Sparpotenzial und der aufrecht zu erhaltenden Produktivität finden müssen. Eine **neuerlich aufsteigende Welle bei der Kurzarbeit** kann man allerdings in Folge einer andauernden Energie- und Wirtschaftskrise leider nicht ausschließen.

Engpässe nicht ausgeschlossen

Viele Unternehmen müssen bereits jetzt aus Kostengründen massiv Energie einsparen. Auch müssen Unterneh-

men einen Notfallplan entwickeln und sich auf mögliche Engpässe oder sogar Produktionsstopps vorbereiten. Wenn selbst der Preis keine Rolle mehr spielt und das Gas in Österreich tatsächlich zu knapp wird, wird nämlich zuerst die „nicht systemrelevante Industrie“ abgestellt, damit die privaten Haushalte weiter versorgt werden können. Als **„systemrelevante Industrien“** werden in erster Linie die Nahrungsmittel-, Pharma- und Energieindustriesektoren zu bezeichnen sein. Unsere Bau-, Holz- und Stein/keramische Industrie würde da wohl, zumindest überwiegend, das Nachsehen haben. Zum Glück sind die Gasspeicher in Österreich so weit gefüllt, dass ein derartiges Szenario für den Winter 22/23 faktisch ausgeschlossen werden kann. Zugleich kann niemand vorhersagen, wie lange die Energiekrise tatsächlich noch dauern wird und ob im Frühling noch bzw. wieder neues Gas nach Österreich fließt.

Die schwierigsten KV-Verhandlungen seit Jahren warten im Frühjahr 2023 auf uns. **Die aktuellen langwierigen Verhandlungen in den anderen Branchen müssen auch für uns ein Warnsignal sein.**



Schwierige KV Verhandlungen



Natürlich werden Unternehmen versuchen, andere Geldquellen zur Kompensation zu finden, sofern sie ihre Mehrkosten nicht mit gestiegenen Preisen am Markt unterbringen können und die Förderungen der öffentlichen Hand nicht alles ausgleichen.

Aus Sicht vieler Arbeitgeber eignet sich daher zum Ausgleich die jährliche Lohnsteigerung, wie wir während der Herbstlohnrunder beobachten können. Tatsächliche Preissteigerungen, unter denen die ArbeitnehmerInnen immer spürbarer leiden, wollen die Arbeitgeber heuer nicht so gerne ersetzen und wenn, dann nur mittels Einmalzahlungen, die, im Gegensatz zu den Preisen, keine nachhaltige Wirkung haben und, wie der sprichwörtliche „Tropfen auf dem heißen Stein“, rasch verdampfen. **Die Preise bleiben jedoch hoch und die Unterstützungen der Regierung in Form von Einmalzahlungen wirken nur kurzfristig.**

Eine nachhaltige, prozentuelle Lohnerhöhung ist also das Ziel aller verhandelnden Gewerkschaften, mindestens in der Höhe der durchschnittlichen Inflation der letzten 12 Monate. Die Aufrechterhaltung der

Kaufkraft ist das Minimalziel, welches wir für unsere Mitglieder erreichen müssen, um aus der Energiekrise nicht auch noch eine breite soziale, und in weiterer Folge massive Wirtschaftskrise zu generieren.

Die ÖsterreicherInnen konnten alle bisherigen Krisen in den letzten Jahren verhältnismäßig gut überwinden, weil die Sozialpartnerschaft funktioniert hat. Löhne und Gehälter wurden regelmäßig angehoben. Im Vertrauen, dass dies so bleibt, haben die Menschen weiter konsumiert und damit die Wirtschaft im Land am Laufen gehalten. Der Handel, Dienstleister, Gewerbebetriebe und die nicht exportierende Industrie konnten dadurch nicht nur überleben und Arbeitsplätze aufrechterhalten, es wurden auch gute Gewinne erwirtschaftet. Diesen Weg des Interessenausgleichs dürfen wir im Sinne unseres gesellschaftlichen Friedens und Wohlstandes nicht verlassen. Zugleich dürfen wir uns nicht mit blindem Vertrauen darauf verlassen, dass die Sozialpartnerschaft in jeder Krise bis in alle Ewigkeit Stabilität garantiert.

Umso wichtiger ist es, insbesondere während großer Krisen, stark gewerkschaftlich organisiert zu sein, um nötigenfalls die Interessen der ArbeitnehmerInnen auch mit dem nötigen Nachdruck durchsetzen zu können!

Roman Krenn, GBH-KV-Experte

Die GBH verhandelt 2023 alle KV neu

Die höchste Inflation seit Jahrzehnten erfordert einen Teuerungsausgleich durch faire Kollektivvertragsabschlüsse.

Die sehr gute Arbeit in schweren Zeiten unserer Beschäftigten in den Betrieben und auf Baustellen muss gerecht belohnt werden.

Experten erwarten für das Jahr 2022 eine durchschnittliche Inflation von 8,5 Prozent. Der für deine Kollektivvertragsverhandlungen relevante Betrachtungszeitraum ist März bis Februar. Daher ist zu erwarten, dass die Ausgangsbasis für unsere Verhandlungen noch höher liegen wird.

Fokus: Prozentuelle Lohnerhöhung

Daher muss unser Fokus bei den Kollektivvertragsverhandlungen ganz klar auf der prozentuellen Lohnerhöhung zur Abfederung der krassen Teuerungen der letzten Monate liegen. Die teilweise Abgeltung der Inflation durch Einmalzahlungen oder gar das Gegenrechnen von staatlichen Unterstützungen wie dem Klimabonus sind für uns ausgeschlossen! Diese Werkzeuge können nur einen Zusatz zur prozentuellen Lohnerhöhung darstellen.

Bundesregierung lässt Bevölkerung im Stich

Regierung zeigt Menschen die kalte Schulter und verhindert nachhaltige Maßnahmen gegen steigende Inflation. Damit steht uns auch ein sozial eiskalter Winter bevor.

Turbulente Tage im Parlament liegen hinter uns. Leider brachten diese nicht die notwendigen Erleichterungen für unsere Bevölkerung. Nachhaltige Maßnahmen im Kampf gegen die Teuerung blieben aus. Das Versprechen dieser Bundesregierung „Wir lassen niemanden im Stich“ wurde wieder einmal gebrochen. Alle SPÖ-Anträge mit sinnvollen Verbesserungen für alle Betroffenen beim Kilometergeld, der Senkung der Steuersätze für Diäten und Taggelder, bei echter Anerkennung für Pflegeberufe bzw. Pflegeangehörige, beim Arbeitslosengeld und Maßnahmen zur Senkung der Teuerung wurden abgelehnt. Damit steht unserer Bevölkerung dank ÖVP und GRÜNEN auch sozial ein eiskalter Winter bevor.

ÖVP und GRÜNE verhindern Erhöhung des Kilometergelds

Arbeitende Menschen sind dieser Bundesregierung egal

Die Kosten für Mobilität steigen und werden für ArbeitnehmerInnen immer mehr zur unüberwindbaren Belastung. Seit über 10 Jahren wurde das Kilometergeld nicht erhöht. Auch die Steuerfreigrenzen für Diäten und Taggelder sind seit 1996 unverändert. Beides muss dringend der Teuerung angepasst werden.

Konkret fordert Abg. z. NR Josef Muchitsch eine Anhebung des Kilometer-

geldes für PKW von derzeit 42 auf 60 Cent, die Erhöhung der Steuerfreigrenze bei Taggeldern von 26,40 Euro auf 40 Euro sowie Verbesserungen für die ArbeitnehmerInnen bei verschiedenen Zuschlägen, Diäten und Pauschalen.

„Die ÖVP- und GRÜNEN-Abgeordneten haben unseren Antrag dazu abgelehnt. Das zeigt, wie egal dieser Bundesregierung die Interessen der arbeitenden Menschen sind. Die Regierung lässt wieder einmal tausende ArbeitnehmerInnen im Stich. Wir werden nicht aufgeben und alles versuchen, bis die Regierung zur Einsicht kommt“, gibt sich Muchitsch kämpferisch und zeigt für das Abstimmungsverhalten von ÖVP und GRÜNEN kein Verständnis.

Gaspreisdeckel von ÖVP und GRÜNEN abgelehnt

Heizen wird für viele Menschen immer mehr zum Luxus

Immer mehr Menschen können sich das Heizen nicht mehr leisten. Den meisten ist es entweder finanziell oder aufgrund ihrer Wohnsituation nicht möglich, auf alternative Heizquellen umzusteigen. Diese tausenden Menschen werden von dieser Bundesregierung im Stich gelassen.

„Hier zeigt die Bundesregierung im wahrsten Sinne des Wortes ihr eiskaltes Gesicht. Ihr scheint es egal zu sein, ob tausende Menschen in Österreich frieren müssen. Obwohl andere Länder in der EU vorzeigen, wie es geht, verschlafte unsere Bundesregierung sinnvolle Maßnahmen“, sieht Muchitsch dank ÖVP und GRÜNEN eiskalte Zeiten auf die Bevölkerung zukommen.

Pflegereform, die ihren Namen nicht verdient

75 % der pflegenden Angehörigen bekommen nichts – Rest bekommt zu wenig

„Immer wenn die Regierung einen tollen Bonus verspricht, werden am Ende die Menschen enttäuscht“, fasst Muchitsch den als großen Wurf verkauften Pflegepfusch der Bundesregierung zusammen.

Statt den versprochenen 2.000 Euro landen nach Abzug der Steuern nur zwischen 730 und 1.200 Euro an Pflegebonus am Konto der PflegerInnen. Von den insgesamt 570 Millionen Euro, die die Bundesregierung für diesen Pflegebonus ausgibt, fließt rund die Hälfte wieder zurück an den Staat.

„Das versteht niemand. Außerdem werden zahlreiche Personen vom Anspruch auf diesen Pflegebonus ausgeschlossen. Wieso bekommt eine OP-Schwester den Pflegebonus, eine OP-Assistentin aber nicht“, fragt Muchitsch die Bundesregierung.

Angehörigenbonus schließt 75 Prozent der Angehörigen aus

Dieser gilt nämlich nur für zu pflegende Personen im gleichen Haushalt, die zumindest in der „Pflegestufe 4“ sind. Es muss auch ein Jahr Pflege nachgewiesen werden und die Einkommensgrenze der pflegenden Angehörigen darf 1.500 Euro netto im Monat nicht übersteigen. Somit bleiben nur 25 Prozent Anspruchsberechtigte der pflegenden Angehörigen über und für diese ist der Bonus mit rund 4 Euro am Tag viel



zu niedrig. Damit können sich pflegende Angehörige nicht einmal eine zusätzliche Stunde mobile Pflege im Monat leisten. Genau das würde pflegende Angehörige aber ein wenig entlasten.

Muchitsch wettet Richtung Bundesregierung: „Das ist keine Anerkennung, das ist eine Verhöhnung.“

Notwendige Anhebung des Arbeitslosengeldes abgelehnt

Arbeitsmarktreform mangels Einigkeit in der Regierung gescheitert

Das Arbeitslosengeld darf nicht unter die Armutsgrenze fallen. Das wäre nämlich eines der reichsten Länder der Welt unwürdig.

Wirtschaftsminister Kocher ist zwar gut in die Arbeitsmarktreform gestartet und hat ExpertInnen und alle Fraktionen eingebunden. Dabei herrschte Einigkeit, was zu tun sei. Letztendlich gab es aber wieder einmal keine Einigkeit unter den Regierungsparteien.

Der Arbeitskräftemangel in Österreich zeigt auch mangelnde Arbeitsbedingungen in Österreich.

„Wir brauchen mehr Qualifizierungsmaßnahmen und eine schnellere Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Maßnahmen gegen die Langzeitarbeitslosigkeit und eine Gas- und Strompreisbremse nach deutschem Modell würden den Wirtschaftsstandort Österreich stärken. Zur Finanzierung muss es auch in Österreich eine

deutliche Übergewinnabschöpfung geben“, fordert Muchitsch.

Die SPÖ brachte einen Antrag zur Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 70 % des letzten Einkommens ein. Darüber hinaus sollte der Berechnungszeitraum des Arbeitslosengeldes näher an den Zeitpunkt der Geltendmachung heranrücken. Zusätzlich muss es eine jährliche Valorisierung des Arbeitslosengeldes bzw. der Notstandhilfe sowie eine Verdreifachung des Familienschlags geben. Muchitsch: „Wir brauchen eine nachhaltige Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und keine ‚Almosen‘ durch Einmalzahlungen. Zur Entlastung unserer Familien brauchen wir einen flächendeckenden Ausbau der ganztägigen Kinderbetreuung – natürlich für die Familien kostenlos.“

Muchitsch als FSG-Vorsitzender nominiert

Wolfgang Katzian als Kandidat für ÖGB-Präsidentschaft nominiert, Josef Muchitsch soll Rainer Wimmer als FSG-Vorsitzender nachfolgen

„In Vorbereitung des 20. ÖGB-Bundeskongresses 2023 hatte die FSG neben inhaltlichen Schwerpunkten auch personelle Weichenstellungen zu beschließen“, berichtet der Bundesgeschäftsführer der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen Willi Mernyi.

Der FSG-Bundesfraktionsvorstand hat folgende Entscheidungen getroffen:

Wolfgang Katzian, seit 2018 an der Spitze des ÖGB, wird sich beim Kongress der Wiederwahl als ÖGB-Präsident stellen. Josef Muchitsch, Vorsitzender der GBH, soll Rainer Wimmer als Vorsitzender der FSG nachfolgen.

Beide Kandidaten wurden einstimmig nominiert. Die entsprechenden Wahlen

finden im Juni 2023 bei der FSG-Bundesfraktionskonferenz und beim ÖGB-Bundeskongress statt.

„Die FSG steht für soziale Gerechtigkeit. Genau das ist seit meiner Zeit als Jugendgewerkschafter mein Motto, genau damit fühle ich mich wohl. Soziale Werte sind Eckpfeiler unserer Bewegung – das muss so bleiben. Genau deshalb bin ich bereit, diese Herausforderung anzunehmen“, so Muchitsch.

GBH-MEDIEN

gbh-news.at mit neuem Gesicht

Deine GBH-Press-Abteilung stellt sich laufend den neuesten Herausforderungen der digitalen Welt. Deshalb bekam die Newsplattform „gbh-news.at“ ein neues Design. Gleichzeitig wurde die Technik auf den neuesten Stand der Dinge gebracht. **Klicke rein und informiere dich über alles rund um deinen Job.**



klick rein!



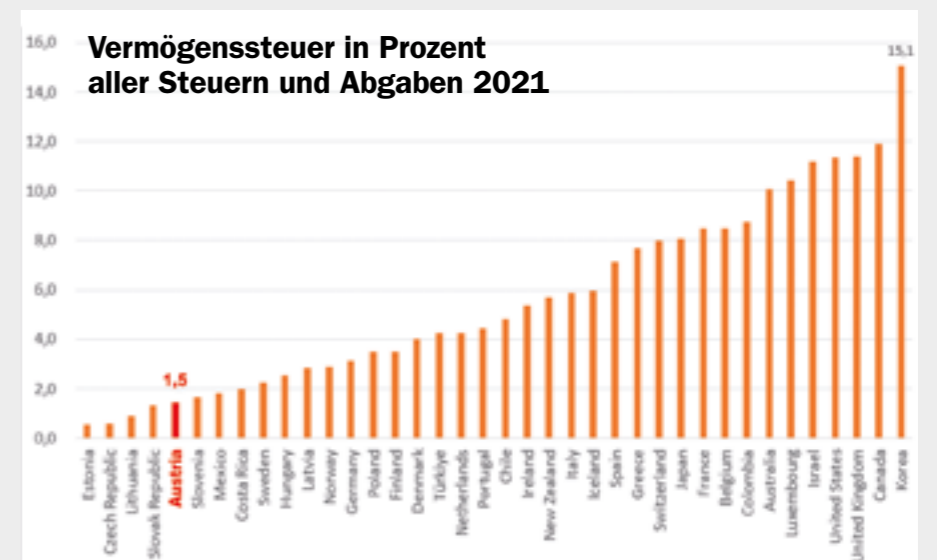
Warum Vermögenssteuern? Weil's fair ist!

Vermögenssteuern sind eine Frage der Gerechtigkeit, sagen die Gewerkschaften und Arbeiterkammern. Die Vermögenden und ihre VertreterInnen meinen, man solle die Steuerlast in Österreich nicht weiter erhöhen, eine Vermögenssteuer bringe ohnehin nichts und fördere nur die Abwanderung von Unternehmen.

Warum diese Argumentation hinkt, zeigen wir hier auf und liefern Zahlen, Daten, Fakten und Argumente für Diskussionen.

Steuerbeitrag von Vermögen bei nur 1,5 %

Der Beitrag von vermögensbezogenen Steuern an den gesamten Steuereinnahmen in Österreich lag 2021 bei nur 1,5 %. Das ist nach einer Erhebung der OECD der **fünftletzte Platz aller OECD-Staaten.**

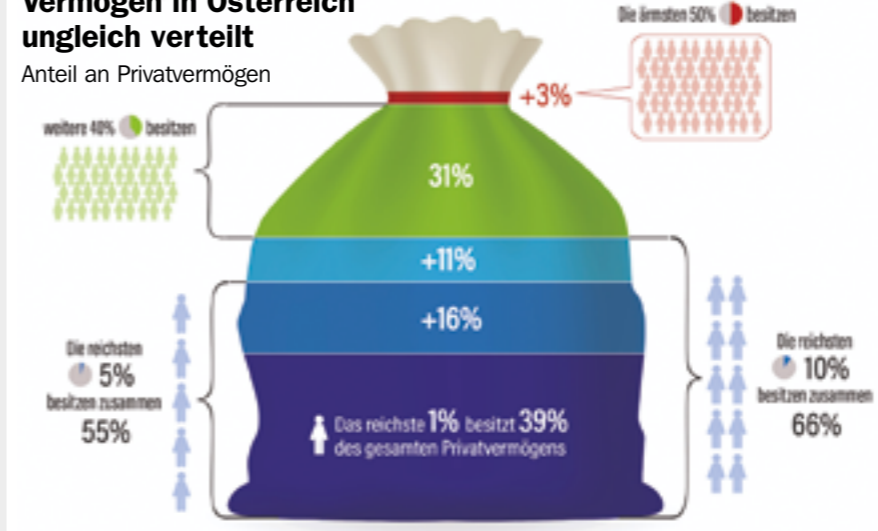


Den Großteil der Steuern, die unser sozialstaatliches System stützen, bezahlen ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen und KonsumentInnen. **Diejenigen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, schultern 80 Prozent der Steuerlast.** Unternehmen und Ver-

mögende übernehmen nicht einmal 15 % – das ist halb so viel wie im OECD-Schnitt. Und nicht nur das: Die Steuern, die es gibt, werden allzu oft umgangen. Wie die AK zeigt, fehlen unserem Sozialstaat unter anderem durch Unternehmen und Vermögende, die ihre Steuern nicht zahlen, bis zu 15 Milliarden Euro – allein im Jahr 2021.

Vermögen in Österreich ungleich verteilt

Anteil an Privatvermögen



So ungleich ist Vermögen verteilt

Eine Studie der Österreichischen Nationalbank zeigt, dass Österreichs Superreiche noch weitaus mehr besitzen als bisher angenommen. Das reichste Prozent hält mindestens 39 Prozent, aber nach neuesten Schätzungen bis zu 50 Prozent allen Hab und Guts im Land. **Damit hortet eine kleine Gruppe mehr Vermögen, als 99 Prozent aller Menschen in Österreich gemeinsam besitzen.**

Vermögenssteuer: Wann, wenn nicht **JETZT!**

Mit ehrlicher Arbeit wird man kaum MillionärIn

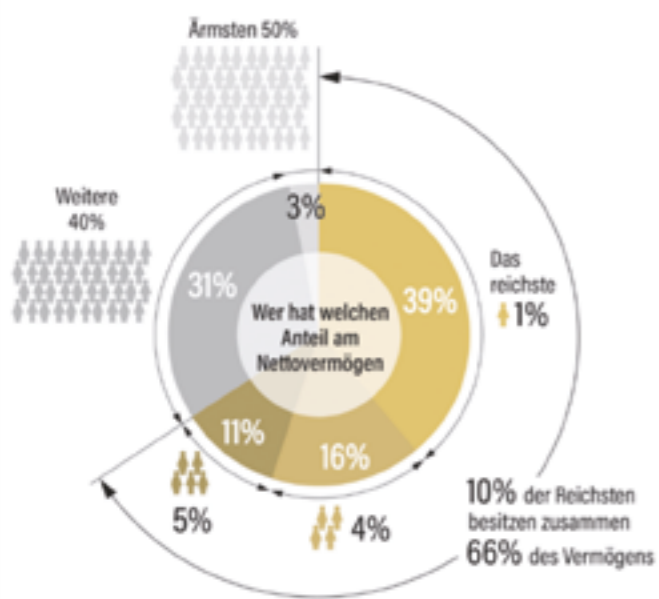
Laut Global Wealth Report gab es zwar in Österreich 2021 über 270.000 Dollar-MillionärInnen, aber für alle, die sich Hoffnungen machen, selbst irgendwann zu dieser illustren Runde zu gehören, haben wir schlechte Nachrichten. Mit ehrlicher Arbeit ist es in einem (Berufs-)Leben nicht möglich, auch „nur“ eine Million Euro anzuhäufen.

Der/Die durchschnittliche ArbeitnehmerIn müsste dafür rund 40 Jahre arbeiten, ohne Geld für Wohnen, Essen, Kleidung oder Urlaub auszugeben. Obwohl Österreichs Beschäftigte mit fast 38 Arbeitsjahren in Sachen Arbeitsdauer weit über dem EU-Schnitt liegen, ist das Million-Ziel für Normalsterbliche also nicht erreichbar.

Wer wirklich reich werden will, sollte erben.

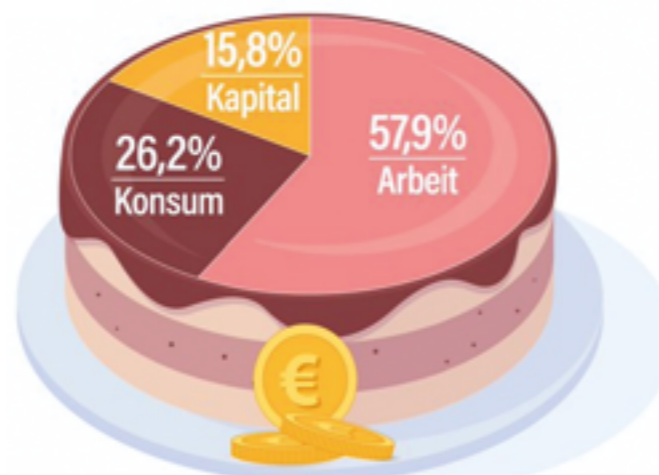


Vermögen in Österreich ungleich verteilt



Österreich: Arbeit trägt sehr viel, Kapital sehr wenig zum Steuerkuchen bei

Anteil Steuerkuchen (%)



Vermögenssteuer würde nur Superreiche treffen

Modelle für eine vernünftige Vermögenssteuer ziehen eine Grenze von rund einer Million Euro ein, die steuerfrei sein sollen. Das heißt, für die erste Million Euro wäre gar nichts zu bezahlen. Das würde nur die reichsten vier bis fünf Prozent der Haushalte in Österreich treffen. HäuslbauerInnen wären nicht betroffen. Von „Mittelschicht“ kann also keine Rede sein. Eine solche Vermögenssteuer könnte jährlich etwa fünf Milliarden Euro für den Sozialstaat bringen.

Das Argument, die Mittelschicht sei betroffen, stimmt vielmehr für die derzeitige Situation: Bereits existierende vermögensbezogene Steuern – von der Grunderwerbsteuer bis zur Grundsteuer – belasten kaum die Spitze der Verteilung, deren wichtigste Vermögensbestandteile (Finanzanlagen und Unternehmensbeteiligungen) de facto steuerbefreit und die Erträge daraus steuerbegünstigt sind. Hingegen sind vor allem die vielzitierten und -instrumentalisierten „Häuslbauer“ betroffen, wie Finanzwirtschaftsexperte Mario Hübler kürzlich in einem Kommentar in der Tageszeitung „Der Standard“ aufzeigte.

Die EU-Kommission hat Österreich bereits 2019 empfohlen, das Steuersystem umzugestalten: runter mit den Abgaben auf Löhne, hin zu „wachstumsfreundlicheren Einnahmequellen“ – wie Erbschafts- und Vermögenssteuern.

Durch das Fehlen einer Vermögensbesteuerung gehen unserem Staat Milliarden verloren. AK-Chefökonom Markus Marterbauer berechnete, dass eine Erbschaftssteuer allein im Falle

des vor Kurzem verstorbenen Red-Bull-Chefs Dietrich Mateschitz drei Milliarden Euro für das Sozialsystem gebracht hätte. Mateschitz selbst, der seinen Hinterbliebenen 25 Milliarden steuerfreie Euro hinterlässt, befand eine Vermögenssteuer als „durchaus fair und legitim“.

Europa zieht an uns vorbei

Der Rest Europas zieht in Sachen faire Besteuerung an uns vorbei. **Denn nur in fünf europäischen Ländern gibt es keine Erbschaftssteuern.** Damit gehen dem Sozialstaat nicht nur Umsätze verloren, es ist auch für das soziale Gleichgewicht im Land fatal. Sebastian Leitner, Wirtschaftsexperte am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, hat gezeigt, dass Erbschaften in Österreich hauptverantwortlich für die ungleiche Verteilung des Wohlstands sind. 7 von 10 Haushalten in Österreich erben übrigens gar nichts.

Mit den Einnahmen aus einer Milliardärsteuer, einer Erbschaftsteuer und der Rücknahme der geplanten Körperschaftsteuer-Senkung könnten jedes Jahr rund 6,5 bis 7 Milliarden Euro eingenommen werden, die in Bereichen wie Bildung, Pflege, Gesundheit, Klimaschutz und soziale Absicherung mehr als dringend benötigt werden.

Auch das Argument der möglichen Steuerflucht zieht nicht

Zum einen kann z.B. Immobilienvermögen nicht so leicht außer Landes gebracht werden, zum anderen kann Steuerflucht verhindert werden,

indem zum Beispiel die Steuerpflicht an die Staatsbürgerschaft gekoppelt wird, deren Aufgabe eine „Exit Tax“ zur Folge hätte, wie manche ExpertInnen vorschlagen.

Wer zahlt, schafft an?

Eine Studie des Sozialministeriums aus dem Jahr 2019 zeigt, dass Menschen mit hohem Einkommen und Vermögen sich mehr für Politik interessieren. Lässt sich das auf das Wahlverhalten der Menschen umlegen, ist das eine Gefahr für die Demokratie. Denn reiche Menschen wählen in ihrem eigenen Interesse.

Wenn Menschen mit wenig Vermögen und Einkommen nicht wählen, werden sie als Wählergruppe für die Politik weniger wichtig. Das erhöht die Gefahr, dass Politik im Sinne der Reichen gemacht wird – noch stärker als bisher, so die Studie.

Aber reiche Menschen interessieren sich nicht nur mehr für Politik, sie können sie auch direkt beeinflussen. Zum Beispiel durch Parteispenden. Superreiche spenden große Beträge an Parteien, die ihre Interessen vertreten. Diese machen die Politik in diesem Land – und sorgen unter anderem dafür, dass es keine weiteren vermögensbezogenen Steuern gibt. Laut aktuellem Regierungsprogramm soll es sogar weitere Steuerzuckerln geben.

Der ÖGB fordert

... dass die geplante Senkung der Unternehmensgewinnsteuer (Körperschaftsteuer) gestoppt wird. Denn dadurch würde dem Sozialstaat jedes Jahr fast eine Milliarde Euro entgehen.

Wer zahlt die Krisen?

Tatsache ist, dass in den vergangenen Krisen-Jahren viele von denen, die ohnehin schon zu den Reichsten zählten, noch mehr Geld gescheffelt haben – nicht zuletzt auch, indem sie staatliche Förderungen bezogen haben, die alle SteuerzahlerInnen finanziert haben.

Die Wachstumsraten der Vermögen der Superreichen liegen jährlich weitaus höher als die Steuersätze in jedem Vermögenssteuer-Modell.

Die ArbeitnehmerInnen waren stattdessen mit hohen Risiken am Arbeitsplatz, Kurzarbeit und oft sogar dem Verlust ihres Arbeitsplatzes konfrontiert und müssen jetzt, in Zeiten von enormer Teuerung und Energiekrise, unverschuldet hohe zusätzliche Kosten schultern.

Zudem entstanden die großen Vermögen in Österreich in einem passenden gesellschaftlichen Rahmen, in dem es Forschung, Unterstützungen und eine passende öffentliche Infrastruktur und gute Ausbildung gibt. **Zur Finanzierung von all dem wollen Superreiche aber keinen Beitrag leisten.**

Der ÖGB und die Gewerkschaften fordern deshalb, **rasch Steuern auf riesige Vermögen und Erbschaften sowie Übergewinne von Energiekonzernen einzuführen**, denn es müssen diese Profiteure sein, die die Kosten der Krise mittragen – die ArbeitnehmerInnen können und wollen diese Last nicht allein schultern!

GBH-Bundesvorsitzender Josef Mutschitsch: „Es ist lachhaft, dass Superreiche und ihre politischen Vertreter immer wieder bei den Menschen Angst vor Vermögenssteuern schüren, um die

Privilegien der Reichen zu schützen. Es geht hier um eine ganz kleine Gruppe, die abgehoben agiert und nicht bereit ist, ihren gerechten Anteil am Allgemeinwohl beizutragen. Die weitaus meisten haben ihre riesigen Vermögen ohne eigene Leistung durch Erbschaften erhalten, eine Vermögenssteuer ist also nicht leistungsfeindlich. **Den anderen, jenen UnternehmerInnen in Österreich, die zu Reichtum gekommen sind, sei in Erinnerung gerufen, dass es die gut ausgebildeten Fachkräfte in ihren Betrieben sind, die die wahren Leistungsträger sind.** Und es sind die Sozialpartner, die den sozialen Frieden und ein gutes wirtschaftliches Umfeld in Österreich und damit auch ihren Vermögensaufbau gewährleisten. Es

ist wirklich zum Fremdschämen, wenn Superreiche in ihrer Gier nicht einmal bereit sind, einen Beitrag zur Finanzierung der sozialen Sicherheit zu leisten, den sie selbst nicht einmal spüren, der aber wesentliche Verbesserungen für alle Menschen in Österreich finanzieren könnte.“

Klick rein ...



In diesem AK-Video werden die Argumente für eine Vermögensbesteuerung auf den Punkt gebracht: arbeiterkammer.at/service/videos/verteilungsgerechtigkeit/Vermögenssteuer.html

Vermögenssteuer – ein Beispiel

Herr E. besitzt 1.500.000 Euro. Für eine Million Euro müsste er gar keine Vermögenssteuer bezahlen. **Für die verbleibenden 500.000 Euro würde er ein Prozent, also insgesamt 5.000 Euro, bezahlen.**

Das wird sich jede/r MillionärIn doch leisten können!

GBH-Jugend: Neuwahl

Unter dem Motto „Mach dich stark! Mach uns stark.“ fand die GBH-Bundesjugendkonferenz 2022 in Schladming statt. Dabei diskutierten mehr als 60 Jugendliche die wichtigen Herausforderungen der kommenden Jahre, verabschiedeten Anträge dazu und wählten das Bundesjugendpräsidium neu.

Der Kärntner Maurer, gelernte Bautechnische Zeichner und Betriebsrat Daniel Prednik wurde als Vorsitzender der GBH-Jugend mit überwältigender Mehrheit bestätigt.

Neu gewählt

Neu im Präsidium sind Tina Phillippovitsch (Burgenland, Tischlereitechnikerin), Pascal Repetschnig (Niederösterreich, Prozess- und Anlagentechniker), Rene Tilg (Oberösterreich, Maurer/Schalungsbauer) und Cem Mirac Rendecioglu (Wien, Maurer/Schalungsbauer/Tiefbauer).

Corona ist Belastung

„Die Corona-Pandemie und die gegenwärtigen Krisen sind für junge Menschen in Ausbildung eine extreme Belastung. Aber sie haben eines gezeigt: Wie wichtig gut ausgebildete Fachkräfte sind. Wir sind die Fachkräfte von morgen und damit die Zukunft für Österreich. Gemeinsam mit der GBH-Jugend werde ich mich dafür einsetzen, dass Jugendliche die bestmöglichen Rahmenbedingungen in der Ausbildung vorfinden, die sie sich auch verdient haben“, hält der GBH-Bundesjugendvorsitzende Daniel Prednik fest.

Arbeiten in unseren Branchen ist attraktiv

GBH-Bundesvorsitzender Josef Mutschitsch ergänzt: „Wir stehen den Jugendlichen zur Seite, wenn sie in der Arbeitswelt Unterstützung brauchen. Mit der ausgezeichneten Lehrausbildung, den guten Aufstiegsmöglichkeiten und den Errungenschaften durch die Gewerkschaft ist das Arbeiten in unseren Branchen sehr attraktiv. Dennoch haben wir noch viel vor, um für unsere zukünftigen Greenworker ein optimales Arbeitsumfeld zu schaffen. Gemeinsam werden wir noch viel erreichen.“

Moderiert wurde die GBH-Bundesjugendkonferenz vom neuen Bundesjugendsekretär Peter Reitter und seinem Vorgänger Albert Scheiblauber

klick rein!



Zum Video: **Das war die Bauholz-Bundesjugendkonferenz**



Ohne Bildung keine Verbesserung der Arbeitsbedingungen



Liebe BetriebsrätInnen und Betriebsräte, liebe FunktionärInnen und Funktionäre!

Die laufende Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen ist wohl die zentrale Kernaufgabe jedes/jeder GewerkschafterIn. Um diese Aufgabe gut bewältigen zu können, ist ständiges Lernen - aber vor allem die ständige Neugier auf neue Entwicklungen in der Arbeitswelt und in der Politik - eine der wesentlichen Voraussetzungen. Das begann im 19. Jahrhundert mit den Arbeiterbildungsvereinen, in denen ArbeiterInnen lesen und schreiben gelernt haben und reicht bis heute, wo wir mit modernen Vermittlungsmethoden in das Arbeits- und Sozialrecht, aber auch in Themen der Persönlichkeitsbildung und andere Kompetenzen eintauchen.

Die Gewerkschaft Bau-Holz unterstützt dich bei deinen Aufgaben als BetriebsrätIn und FunktionärIn auf vielfältige Art und Weise.

Eines der wichtigsten Elemente dieser Unterstützung sind neben den Grundkursen auch unsere jährlich

stattfindenden **Aufbau- bzw. Spezialkurse**. Das sind Kurse zu den Themen Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse, Arbeitsrecht, Volkswirtschaft, Staat und Politik, Rhetorik und Verhandlungstechnik. In unserem Medienkurs, in dem wir uns ansehen, wie Nachrichten entstehen und auf die Funktionsweise von sozialen Medien hinschauen, vermitteln wir euch die in der heutigen Zeit wichtige Medienkompetenz. PC-Kurse, in denen ihr den Umgang mit diversen Computerprogrammen lernt, runden das Programm ab.

Mir ist dabei wichtig, dass wir euch nicht auf „die Schulbank“ zurückholen, sondern in moderner und unterhaltsamer Atmosphäre dabei begleiten, eure für euch und für eure KollegInnen wichtigen Herausforderungen im Unternehmen gut zu bewältigen. **Erleben, austauschen, diskutieren und miteinander Lösungen zu erarbeiten steht für uns im Zentrum.**

Euer Andreas Huss
Bildungsbeauftragter Gewerkschaft Bau-Holz

Aufbaukurse 2023 der GBH



PC Praxis

- Praktische Arbeit am PC, Erstellen von Flugblättern und Einladungen zu Betriebsversammlungen
- Textverarbeitung (Word)
- Tabellenkalkulation (Excel)
- Präsentationen (PowerPoint)
- Relevante Internetseiten (z.B. GBH, ÖGB, BUAK, AK) und GBH-BR-App
- Wirkung, Perspektiven

24. bis 28. April 2023
Kursort: **Hotel Tauernblick**
Unterbringung: **Hotel Tauernblick, Schladming**

Neue Herausforderungen am Arbeitsplatz

- Wie mit existenziellen Problemen von MitarbeiterInnen umgehen?
- Sucht- und Gewaltprävention im Betrieb

8. bis 10. Mai 2023
Kursort: **Hotel Tauernblick**
Unterbringung: **Hotel Tauernblick, Schladming**

Arbeitsrecht

- Arbeitsrecht Theorie & Praxis
- Arbeitszeitgesetz (60/12)
- Arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen
- Arbeitsverfassungsgesetz
- Arbeitskräfteüberlassung Leiharbeit
- Rechtsschutz;
- historische Entwicklungen und Perspektiven

27. bis 31. März 2023
Kursort: **Hotel Tauernblick**
Unterbringung: **Hotel Tauernblick, Schladming**

Organizing: Strategien zum Aufbau & zur Stärkung gewerkschaftlicher Strukturen im Betrieb

- Als Betriebsrat/-rätin lernst du Werkzeuge kennen, die dich in die Lage versetzen, deine KollegInnen im Betrieb für Gewerkschaftsarbeit und Betriebsratstätigkeit zu begeistern!
- Wie können BR und Beschäftigte ihre Interessen besser durchsetzen?

27. bis 31. März 2023 Kursort: **Hotel Tauernblick, Schladming**

WIRTSCHAFT – anders gedacht

- Die wichtigsten Ausdrücke aus der Wirtschaft
- Ein detailliertes Bild über die Wirtschaft in Österreich
- Weshalb zahle ich Steuern und was habe ich davon?
- Wer profitiert vom Wachstum der Wirtschaft, von Steuern, von Krisen?
- Weshalb kommen viele Menschen mit ihrem Geld nicht mehr aus?
- Wie kann eine gerechtere Welt für ArbeitnehmerInnen aussehen?

17. bis 21. April 2023
Kursort: **Hotel Tauernblick**
Unterbringung: **Hotel Tauernblick, Schladming**

Kursanmeldung Online
Du kannst dich zu allen Kursen auch online anmelden.

BAUARBEITER – BR-Aufbaukurs

BAUARBEITER-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz/ Wirtschaftspolitik

- Geschichte und Aufbau der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (BUAK)
- Leistungen der BUAK, das Überbrückungsmodell, die Winterfeiertagsvergütung, das Schlechtwetterentschädigungsgesetz, die MitarbeiterInnen-Vorsorgekasse
- BUAG-Novelle 2021/2022
- Ausblick in die Zukunft der Bauwirtschaft, Konjunktur- und wirtschaftspolitische Perspektive 2023

13. bis 17. März 2023
Kursort: **Hotel Tauernblick, Schladming**



Spezialkurse 2023 der Gewerkschaft Bau-Holz...

Kurse, Inhalte, Orte & Termine. Am besten noch heute anmelden

Kursanmeldung online!

Du interessierst dich für einen Kurs? Nutze die Chance – logge dich auf unserer Internetseite mit deinen Mitgliedsdaten ein und informiere uns, an welchem Kurs du Interesse hast.

Die Online-Anmeldung gilt als **Voranmeldung**. Das Team der GBH-Bildung setzt sich umgehend mit dir in Verbindung.



klick rein!

www.gbh-br.at/bildung-2023



FAIRE ARBEIT – gutes Leben

- Soziale Absicherung – Pensions-systeme, Ist-Stand und Perspektiven
- Workshop „Arbeit & Demokratie“ Mitsprache, Mitbestimmung etc.
- Armut in Österreich – mögliche Lösungen
- Stressbewältigung und Entspannungstechniken („Burnout-Prävention“)
- Österreichische Gesundheitskasse

22. bis 26. Mai 2023

Kursort: **Seminarhotel Mader**
Unterbringung: **Seminarhotel Mader**, Steyr



ERFOLGREICHE Verhandlungsführung

- Definition von Zielen und Möglichkeiten bei Verhandlungen
- Verhandlungssituationen planen und vorbereiten
- Bewährte Ablaufmodelle
- Verhandlungsstrategien und -taktiken im Überblick;
- Kommunikationswerkzeuge für Verhandlungen

6. bis 8. März 2023

Kursort: **ÖGB-Catamaran**
Unterbringung: **Hotel Bassena**
Messe Wien

ARBEIT – gestern, heute, morgen ...

- Zukunft der sozialen Absicherung
- Prekäre Jobs und Ausbeutung – Profiteure und Gegenmaßnahmen
- Exkursion „Museum der Arbeitswelt“ „Arbeit. Wohlstand. Macht“

2. Mai bis 5. Mai 2023

Kursort: **ÖGB-Catamaran**
Unterbringung: **Hotel Bassena**
Messe Wien

Persönlicher Kontakt zur GBH-Bildung

BGL Dr. József Varga
Mobil: 0664/614 55 01

KTN Daniel Orieschnig
Mobil: 0664/614 55 50

NÖ Andreas Hitz
Mobil: 0664/614 50 80

OÖ Christian Schneeweiß
Mobil: 0664/614 55 28

SZB Klaus Scherer
Mobil: 0664/614 55 37

STMK Marcus Gordisch
Mobil: 0664/614 55 25

TIROL Markus Plieger
Mobil: 0664/614 55 45

VBG Andreas Ammann
Mobil: 0664/614 55 03

WIEN Ernst Koschitz
Mobil: 0664/614 55 54

ZENTRALE Sylvia Böhm
Mobil: 0664/614 55 18



FAKENEWS? Medienwelt 4.0

Das Angebot der Medienlandschaft verändert sich täglich. Social-Media hat in vielen Bereichen die Print-, Hörfunk- und Fernsehwelt bereits überholt. Welchen Medien kann ich vertrauen?

- Wie gehst du mit der Flut an Informationen um?
- FakeNews - oder doch nicht? Es wird immer schwieriger, echte News von gefakten (falschen) - oft bewusst gestreut - zu unterscheiden
- Spiel mit der Angst, Verschwörungstheorien, Erfolgsrezept der Populisten
- Exklusive GBH-Medien für BetriebsrätInnen, z.B. GBH-BR-App
- GBH-Medien 4.0 Print, Web, SocialMedia ...
- Medienlandschaft in Österreich Welche Medien gibt es? Boulevard-, Qualitätsmedien usw.

8. bis 11. Mai 2023

Kursort: **ÖGB-Catamaran**
Unterbringung: **Hotel Bassena**
Messe Wien



Kursanmeldung Online
Du kannst dich zu allen Kursen online anmelden.

© Parliamentsdirektion / Johannes Zimmer



Staat – Gesellschaft – Politik

Aktuelles aus Gewerkschaften und Politik

- Workshop „Framing – Politik & Emotionen“
- Politische Konzepte
- Schwerpunkt „Populismus – Spiel mit der Angst?“;
- Exkursion

12. bis 15. Juni 2023

Kursort: **AK-Jägermayerhof**
Unterbringung: **AK Jägermayerhof**, Linz

Eine gute Versorgung für alle anbieten

Andreas Huss, ArbeitnehmerInnen-Obmann der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) und GBH-Gesundheitsexperte, im Interview über die Arbeit für die Versicherten und die Ziele der ÖGK für 2023. **Auch zur Kritik des Rechnungshofs, dass es die von ÖVP und FPÖ versprochene Patientenmilliarde nicht gibt, bezieht Huss ganz klar Stellung.**

Oft muss man bei ÄrztInnen lange warten, um einen Termin zu bekommen. Manche lehnen neue PatientInnen generell ab. Gibt es zu wenige Ärzte?

Wir haben im europäischen Vergleich die meisten ÄrztInnen auf die Bevölkerungszahl gerechnet. Es gibt ein Verteilungsproblem, weil immer mehr ÄrztInnen in den unregulierten Wahlarzt-Markt drängen und dadurch nicht als Kassenarzt da sind. Hier muss die Politik die richtigen Rahmenbedingungen schaffen.

Muss das Medizinstudium für mehr BewerberInnen geöffnet werden?

ÄrztInnen müssen nach der Ausbildung im öffentlichen Gesundheitssystem mithelfen. In Deutschland gibt es schon eine Landarztquote, mit der junge Menschen, die später bei der Versorgung in der Gesellschaft mithelfen, einen leichteren Zugang zum Medizinstudium bekommen. Dafür verpflichten sie sich dazu, nach dem Studium für zehn Jahre in einer Region mitzuhelfen. Das möchte ich auch in Österreich realisieren. Genügend ÄrztInnen haben wir, nur nicht dort, wo wir sie brauchen.

KassenärztInnen verdienen netto ungefähr 7.000 bis 8.000 Euro 14-mal jährlich. Warum sind so viele ÄrztInnen trotzdem nicht davon abzubringen, WahlärztIn sein zu wollen?

Dafür gibt es mehrere Gründe. Als Kassenarzt geht es darum, eine gute Versorgung für alle anzubieten und Medizin auf dem Boden der wissenschaftlichen Evidenz zu betreiben. Nachdem wir als Krankenkasse die Leistungen mit dem Geld der Versicherten bezahlen, müssen wir das kontrollieren. Erst vor kurzem hat ein Arzt versucht, 240.000 Euro zu viel abzurechnen. Das geht nicht. Diese Kontrolle hat ein Wahlarzt nicht und er kann sein Honorar so gestalten, wie er will. Mit den KassenärztInnen gibt es ausverhandelte fixe Tarife, denn wir als Versichertengemeinschaft können gemeinsam gute Preise ausverhandeln, das ist der Zweck unseres Daseins. Wahlärzte können sich darüber hinaus die Öffnungszeiten frei wählen und müssen sich nicht an wissenschaftliche Methoden halten. Das Wahlarzt-System ist also komplett dereguliert. Wenn, so wie jetzt, das öffentliche System unter Druck gerät und Kassenstellen nicht besetzt werden können, muss die Politik da steuernd eingreifen. Dafür ist die Zeit jetzt reif.

Inwiefern haben wir in der Pandemie Fortschritte in der Digitalisierung gemacht?

Einige Digitalisierungs-Vorhaben in der Sozialversicherung wurden zu einer rascheren Umsetzung gebracht, wie das e-Rezept. Rezepte müssen nicht mehr direkt beim Arzt ausgedruckt werden und können in der Apotheke abgeholt werden. Das ist Digitalisierung, wie ich sie mir vorstelle, mit klaren Vorteilen und Verbesserungen für die Versicherten. Auch die Einführung des e-Impfpasses ist eine gute Weiterentwicklung und bringt eine bessere Übersichtlichkeit und die Sicherheit, dass man den Impfpass nicht mehr verlieren kann.

Wie schaffen wir es, dass noch mehr Impfungen aus dem nationalen Impfplan kostenfrei oder kostengünstiger zur Verfügung gestellt werden?

Das Thema ist in Österreich lange stiefmütterlich behandelt worden. In anderen Ländern gibt es schon lange große öffentlich finanzierte Impfprogramme. Wir wollen auch in Österreich diesen Standard erreichen und ein breites Programm mit den Empfehlungen aus dem Nationalen Impfgremium umsetzen. Dafür brauchen wir eine Finanzierung



Das ungekürzte Interview findest du auf GBH-TV

Unter gbh-news.at/interview-huss-12-2022 kannst du das ungekürzte Interview „nachschaun“.

durch den Bund, der für dieses Thema zuständig ist.

Was sind die zentralen Vorhaben der ArbeitnehmerInnen in der ÖGK für 2023?

Im kommenden Jahr stehen die Finanzausgleichsverhandlungen an. Wir wollen diese Chance nutzen, um strukturelle Verbesserungen für die Bevölkerung zu erreichen. Neben der besseren Verschränkung von Spitalsambulanter und niedergelassener Versorgung und dem Ausbau des öffentlichen Impfprogramms wollen wir endlich eine einheitliche Abgabe von Heilbehelfen und Hilfsmitteln in allen Bundesländern umsetzen. Dieses Vorhaben ist schon in mehreren Regierungsprogrammen gestanden und soll das Herumschicken zwischen den unterschiedlichen Institutionen beenden. Genauso soll es in Zukunft für Versicherte mit Bedarf an teuren Medikamenten egal sein, ob

sie im Krankenhaus oder im niedergelassenen Bereich versorgt werden. Hier soll ein großer gemeinsamer Finanzierungstopf kommen, damit moderne, teure Medikamente für alle in Österreich zur Verfügung stehen. Auch in der Versorgung von psychischen Krankheiten brauchen wir ein weiteres Upgrade mittels insgesamt mindestens 35 multiprofessionellen psychosozialen Versorgungszentren. In diesen Häusern können Versicherte ein breites Spektrum von Psychotherapie bis Sozialarbeit unkompliziert und ohne Zuzahlung in Anspruch nehmen.

Ein Rechnungshofbericht kritisiert die Kassenfusion und bestätigt, dass es die versprochene Patientenmilliarde nicht gibt. Wie stehst du dazu?

ÖVP und FPÖ haben da wirklich unseriöse Politik betrieben, um ihre Macht auszubauen. Viele der Verkäufer dieser Aktion sind immer noch in aller-

höchsten Ämtern, das geht auch nur in Österreich. Das Wichtigste ist, dass die Entmachtung der ArbeitnehmerInnen in ihrer eigenen selbstverwalteten Krankenversicherung wieder repariert wird, um Schaden von uns Versicherten abzuwenden. Die Dienstgebervertreter wollen nur Lohnnebenkosten sparen und interessieren sich nicht für unsere Gesundheitsversorgung.

Das Wirtschaftsministerium will eine neue Taskforce gegen Leistungsmissbrauch einrichten. Inwieweit ist die ÖGK davon betroffen?

Diese Ankündigung ist ein hilfloser Versuch der Regierung, vom Scheitern der Reform des Arbeitslosengeldes abzulenken. Schon seit Jahren gibt es diese Taskforce, die beim Bundeskriminalamt angesiedelt ist. Wenn die Regierung das nicht weiß, ist das nur ein Sinnbild für den Zustand dieser Regierung.



Hilf uns und nimm an der KV-Umfrage teil. **DANKE!**

gbh-br.at/kv-umfrage-2023

Nimm' dir kurz Zeit für faire KV-Abschlüsse

Wir brauchen dich und deine Einschätzung für eine erfolgreiche Vorbereitung auf die KV-Verhandlungen 2023 in deiner Branche.

klick rein!



wir verhandeln deinen Lohn

gbh-news.at

facebook.com/deinegbh

instagram.com/gewerkschaft_bauholz

Impressum | Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft Bau-Holz, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
Medieninhaber und Hersteller: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
Offenlegung nach § 25 Mediengesetz unter: www.gbh.at/offenlegung | **Redaktion:** Thomas Trabi M.A., Mag. Sonja Schmid, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, presse@gbh.at | **Layout:** Thomas Trabi M.A. | **Fotos:** GBH-Press, Adobe Stock gbh-news.at

Österreichische Post AG MZ 02Z031778M
ÖGB-Verlag, Johann Böhm Platz 1, 1020 Wien
Retouren an PF 100, 1350

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:	DVRNr. 0046655	ZVR 576 439 352	F-05
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit			
<hr/> <hr/>			
Straße/Gasse	Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür		
Postleitzahl Ort	HERZLICHEN DANK!		